

„Mensch im Mittelpunkt“

kdM. „Die Kinder haben das Recht, in ihrer Schule etwas über ihre Religion zu erfahren.“ Das sollte auch für muslimische Kinder gelten, so Dozent und Islamlehrer Merdan Günes weiter. In Karlsruhe gibt es seit Anfang des Schuljahres Islamunterricht an zwei Schulen, an der Gutenbergschule und der Schillerschule. Dabei handelt es sich um Modellprojekte, die zunächst auf vier Jahre angelegt sind. Und um Islamunterricht ging es nun auch bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der vom Deutschsprachigen Muslimkreis Karlsruhe (DMK) veranstalteten Islamwoche. Unterstützt wurde die Islamwoche, die gestern zu Ende ging, vom Albanisch-Islamischen Zentrum und der Stadt Karlsruhe.

Fast durchweg positiv wurde auf dem Podium die Einführung des Islamunterrichtes an den Schulen bewertet. Für ihn sei das in der heutigen Zeit angebracht, meinte Lüppo Cramer, Stadtrat der Karlsruher Liste. Eine Gefahr der Trennung sehe er nicht. Wie bei den katholischen

Diskussion zum Islamunterricht

und evangelischen Kindern kämen die Schüler nach dem jeweiligen Religionsunterricht ja wieder zusammen. „Bei all den Diskussionen darüber stelle ich den Menschen in den Mittelpunkt“, erklärte Eduardo Mossuto, Stadtrat von den Freien Wählern. Er setze auf „Integration und Einzelförderung“, und dabei könne auch der Islamunterricht helfen. Als wichtiger „Faktor zur Identitätsbildung“ – und damit zur Integration – bezeichnete Günes den Unterricht, auch verstanden als interreligiöser Dialog.

Nicht die Schule, sondern die Eltern seien der „wichtigste identitätsstiftende Faktor“, entgegnete GfK-Stadtrat Friedemann Kalmbach. Begrüßt wurde der Kommunalpolitiker von der Moderatorin des Abends, Hatice Badem, als der einzige Stadtrat, der gegen die Einführung des Islamunterrichtes gestimmt habe. Für den Unterricht gebe es keine rechtliche Grundlage, unterstrich Kalmbach seine Einwände. Es müsse ebenfalls klar sein, dass Kirche und Staat getrennt seien.

„Ängste“ vor einem „Glauben, der viel stärker und tiefer in Kultur und den Alltag einfließt wie beispielsweise der katholische oder der evangelische“, sprach ein Geistlicher einer evangelischen Freikirche bei der offenen Diskussionsrunde an.

Was aber steckt eigentlich hinter dem Islamunterricht? „Vorgesehen sind wöchentlich zwei Schulstunden. Der Unterricht wird in deutscher Sprache gehalten. Die Teilnahme am Unterricht ist freiwillig“, erläuterte Elisabeth Groß, leitende Schulamtsdirektorin des Staatlichen Schulamtes Karlsruhe. Die entsprechenden Lehrer müssen das erste und zweite Staatsexamen abgelegt haben. Im Grunde sind es „ganz normale Lehrer“, die auch andere Fächer unterrichten. Voraussetzung dafür, überhaupt Islamunterricht erteilen zu können, ist der Nachweis eines entsprechenden Erweiterungsstudienganges.

Ein vergleichbares Unterrichtsprojekt gebe es bereits seit 2006 in Philippsburg, so Groß. Dort habe man gute Erfahrungen mit dem Islamunterricht gemacht. Positiv über den Unterricht äußerte sich gleichfalls eine Mutter, deren Kinder die Gutenbergschule besuchen: „Meine Kinder sind darüber wirklich erfreut. Ich denke, der Unterricht stärkt sie und gibt ihnen Selbstwertgefühl. Für die Integration sind das ganz wichtige Schritte.“



AUSGEZEICHNET mit dem Ludwig-Marum-Preis wurden Julia Lorenz, Nico Weinbrecht (Zweiter von links) und Pepijn van Dijk (Zweiter von rechts). Preisträgerin Laura de Lange war bei der Verleihung nicht anwesend. Außerdem im Bild Staatssekretär Frank Mentrup (links), Tobias Markowitsch von der Schülerakademie (Vierter von links) und SPD-Kreisvorsitzender Johannes Jung. Foto: jodo

„Ein Stück Geschichte ans Tageslicht gebracht“

Ludwig-Marum-Preis geht an Bismarck-Schüler

kab. „Diese vier jungen Menschen haben etwas Großartiges geleistet: Sie haben dafür gesorgt, dass ein Stück Geschichte ans Tageslicht gekommen ist.“ Frank Mentrup, Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, fand in seiner Laudatio zur 23. Verleihung des Ludwig-Marum-Preises der SPD Karlsruhe lobende Worte für die Leistung von Laura de Lange, Julia Lorenz, Pepijn van Dijk und Nico Weinbrecht. „Euer Projekt erforderte hohes Engagement, zahlreiche Kompetenzen und außerdem eine ganze Menge Mut“, so Mentrup. „Ihr habt euch mit einem dunklen Kapitel deutscher Geschichte auseinandergesetzt, viel recherchiert und abschließend auch eine Wertung abgegeben. Dazu gehört schon etwas.“

Die Abiturienten erhielten den Ludwig-Marum-Preis für ihre Arbeit zur Aufklärung und Erinnerung an die Lagergräuel, die im nationalsozialistischen Nordbaden auf dem Gelände der Grundschule Neckarelz stattfanden. Im Zentrum der Nachforschungen der Abiturienten stand die einzige noch existierende Baracke des Konzentrationslagers Neckarelz, welche die Funktion einer Krankenbaracke hatte. Laura de Lange, Julia Lorenz, Pepijn van Dijk und Nico Weinbrecht, die in diesem Jahr ihr Abitur am Bismarck-Gymnasium ablegten, brachten mit der Unterstützung von Tobias Markowitsch von der Karlsruher Schülerakademie und Dorothee Roos von der KZ-Gedenkstätte Neckarelz die Geschichte dieser Krankenbaracke Stück für Stück ans Licht.

Sie haben das Gebäude mit ihren eigenen Händen „zurückgebaut“, nahmen die einzelnen Schichten seiner Historie in Augenschein. Es war „ein Projekt, das Handwerk und Historie verknüpfte“, wie Mentrup sagte. Schließlich führten die Preisträger Gespräche mit der Bevölkerung von Neckarelz und versuchten herauszufinden, wie viel die Menschen über diese Baracke heute noch wissen. „Eure Arbeit ist nicht zuletzt ein großer Gewinn für die Stadt Neckarelz, deren Stadtgeschichte nun um ein wichtiges Kapitel reicher ist“, so Men-

trup. Ihre Ergebnisse fassten die Preisträger in einer Broschüre mit dem Titel „Die Baracke – Eine fast vergessene Geschichte“ zusammen. Der Ort ihrer Recherche, jene rund 18 Quadratmeter kleine Krankenbaracke, wurde inzwischen in die KZ-Gedenkstätte Neckarelz aufgenommen. Johannes Jung, Kreisvorsitzender der SPD, würdigte das Engagement der Preisträger, das ganz im Sinne Ludwig Marums stehe. „Wir haben auch noch heute, gerade heute, die Verpflichtung, unsere Geschichte zu betrachten und uns immer wieder vor Augen zu führen, wie wichtig Demokratie ist“, so Jung. „Sie ist nicht nur schmückendes Beiwerk, sondern essenziell für uns alle.“

Bürgermeister Martin Lenz betonte, dass Ludwig Marum auch heute noch ein bedeutender Platz in der Karlsruher Geschichte gebühre: „Sein Schicksal ist uns Auftrag.“

Hintergrund

Ludwig Marum

Seit 1988 vergibt die SPD den Ludwig-Marum-Preis zum Gedenken an den Karlsruher Reichstagsabgeordneten und badischen Justizminister Ludwig Marum. Er wurde von den Nationalsozialisten als einer der ersten ihrer Gegner im Konzentrationslager Kislau bei Bruchsal festgesetzt. Der Preis wird alljährlich an Marums Geburtstag, dem 5. November, verliehen. Marum verkörperte als Sozialdemokrat jüdischer Herkunft gleich in doppeltem Sinne das Feindbild der Nazis. 1933 wurde er verhaftet, zwei Monate später in einer entwürdigenden Schaufahrt zusammen mit sechs weiteren Sozialdemokraten durch die Kaiserstraße kutschiert und im KZ Kislau in der Nacht vom 28. auf 29. März 1934 ermordet.

Die Begleitung geht auch mit ins Klassenzimmer

AWO-Projekt „Die 2. Chance“ verhilft Schulverweigerern zu einem Abschluss / Erfolgsquote von 64 Prozent

me. Wer hat sich als Schüler nicht schon mal an einem schönen, heißen Sommertag lieber im Schwimmbad vergnügt, statt beim Nachmittagsunterricht zu schwitzen? Eine Gewohnheit sollte daraus aber nicht werden. Doch bei immer mehr Schülern passiert genau das. Allein in Deutschland verweigern etwa 300 000 bis 500 000 Kinder und Jugendliche den regelmäßigen Schulbesuch. „Das sind allerdings nur Schätzungen“, sagt Barbara Mehnert. Sie ist bei der AWO für Jugend und Soziales zuständig. „Für Karlsruhe liegen keine gesicherten Zahlen vor“, führt sie weiter aus. Doch auch in der Fächerstadt gibt es etliche Jugendliche, die sich in verschiedener Form der Schule verweigern. (Siehe Stichwort.)

Um diesen jungen Menschen zu helfen, hat die AWO 2006 ein Konzept entwickelt, das seither vom Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) mit insgesamt 1,5 Millionen Euro finanziert wurde. Die Finanzierung ist bis 2013 gesichert. „Ziel ist es, junge Menschen, die die Schule verweigern, wieder in das Regelschulsystem zu integrieren und zu einem Abschluss zu verhelfen“, so Mehnert. Mit 2,5 hauptamtlichen Stellen und 40 ehrenamtlichen Helfern konnten seit Beginn des Programms in Kooperation mit dem Sozialen Dienst der Stadt und dem Staatlichen Schulamt etwa 370 Jugendliche betreut werden. Die Warteliste ist lang.

Die jungen Leute kamen und kommen auf den verschiedensten Wegen zur AWO: Manche vermittelt der Soziale Dienst, andere werden

von den Schulen oder den Eltern an das Programm verwiesen. „Zu Beginn steht ein ausführliches Aufnahmegespräch“, erklärt Mehnert. Dabei kommt es den AWO-Mitarbeitern vor allem auf die Gründe für die Verweigerung an: „Häufig tritt das Problem in der Pubertät auf“, so Simone Kottmann, AWO-Sachgebietsleiterin Ambulante Jugendhilfen Durlach.

„Die sich entwickelnde Identität ist in diesem Alter leicht zu erschüttern“, sagt Kottmann. Wenn sie dann den Leistungsanforderungen nicht im gewünschten Maß gerecht

werden, vielleicht sogar noch Mobbing dazu kommt, bleiben manche eben lieber der Schule fern.

Sozialpädagogin Heike Kumm, weiß von einem Jungen, der die Schule nicht besuchte, weil er meinte, sich um seine labile Mutter kümmern zu müssen. „Er befürchtete, dass die Mama noch mehr abrutscht, wenn er nicht zu Hause ist“, erklärt Kumm. „Schnell geraten die jungen Leute so in eine Spirale hinein, aus der sie nicht mehr rausfinden“, sagt die Leiterin des AWO-Projekts „2. Chance“, Firdevs

Stichwort

Schulverweigerung

Aktive Schulverweigerung liegt vor, wenn junge Menschen über einen längeren Zeitraum hinweg unentschuldig der Schule fern bleiben. Aber auch, wenn sie zwar körperlich anwesend sind, den Unterricht jedoch permanent stören, spricht man von aktiver Schulverweigerung.

Im Gegensatz dazu ist die passive Schulverweigerung dadurch gekennzeichnet, dass die Jugendlichen zwar die Schule besuchen, sich jedoch nicht am Unterricht beteiligen

und keinerlei Interesse zeigen. Ein regelmäßiges entschuldigtes Fernbleiben deutet dann auf eine passive Schulverweigerung hin, wenn die in der Entschuldigung angegebenen Gründe inhaltlich nicht nachvollziehbar sind. Ein solcher Fall ist zum Beispiel dann gegeben, wenn der Schüler aufgrund der Erkrankung von Familienmitgliedern häufig zu Hause bleibt.

Gerade die passive Form der Schulverweigerung wird häufig erst spät erkannt. Allerdings lassen sich beide Formen nicht immer klar unterscheiden. Im Zuge des Programms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ wurde daher eine Checkliste erarbeitet, mit deren Hilfe die Formen der Schulverweigerung früher erkannt werden sollen. me.

Kaplaner. Hier setzt das AWO-Projekt an: Beim Aufnahmegespräch werden den Jugendlichen die verschiedenen Bausteine des Projekts vorgestellt. „Jeder sucht sich die für ihn besten Module aus“, erklärt Kaplaner. Zur Auswahl stehen zum Beispiel die Lernbegleitung, die Unterrichtsbegleitung oder auch die Schulwegbegleitung. „Für diese Angebote haben wir einen Pool von freiwilligen Helfern wie etwa PH-Studenten oder ehemalige Lehrer“, sagt Kumm. Der Junge, der sich um seine Mutter kümmerte, hat sich für die Schulwegbegleitung entschieden. „Wer diesen Weg wählt, spricht genau ab, wann und wo er abgeholt werden will“, so Kumm. „Manche wollen sogar bis ins Klassenzimmer begleitet werden.“

Manche Schulverweigerer halten auch das „Lerncoaching“ für die Methode, die ihnen am besten helfen kann. „Fast alle haben nämlich ein Problem mit der Motivation und der Konzentration“, sagt Kaplaner. „Bei diesem Modul lernen sie, wie sie richtig lernen.“

Den AWO-Mitarbeitern ist es wichtig, zu betonen, dass es „den typischen Schulverweigerer“ nicht gibt. „Es sind nicht nur Jungs betroffen und natürlich auch nicht nur Jugendliche mit Migrationshintergrund“, so Kottmann. Stolz ist die AWO auf Erfolgsquote. „64 Prozent der von uns betreuten Schüler gehen wieder regelmäßig in die Schule oder verbessern deutlich ihre Schulnoten“, sagt AWO-Geschäftsführer Gustav Holzwarth. „Wir wollen noch mehr Jugendliche erreichen, denn Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft.“

Volksabstimmung heißt, alle machen mit.

Sogar Ihr Briefkasten.

Die Volksabstimmung über das S 21-Kündigungsgesetz steht vor der Tür. Die notwendigen Abstimmungsunterlagen finden Sie in diesen Tagen in Ihrem Briefkasten. Am Sonntag, dem 27. November, ist es dann so weit.

Nur ein paar Schritte bis zum nächsten Wahllokal für Sie, aber ein großer Schritt für eine direktere und bessere Demokratie in unserem Land. Machen Sie mit!



Baden-Württemberg

BW-stimmt-ab.de